



N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

19. Wahlperiode - 13. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. Mai 2018, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peer Knöfler (CDU)

Vorsitzender

Tim Brockmann (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Kirchen auf Eiderstedt retten	5
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/568	
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bibliotheksgesetzes	6
	Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/403	
3.	Neubesetzung der Position des Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel	7
	Berichts Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/853	
4.	WLAN an allen Schulen bis 2021	8
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/671	
5.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	9
	Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/670	
6.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes (Schülerbeförderung)	17
	Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/372	
7.	Bericht des Bildungsministeriums „Konzept zur Lehrkräftegewinnung“	11
8.	Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der Überprüfung der SCHLAU-Workshops der Vereine "Haki e.V." und "lambda::nord e.V."	17
	Antrag der Fraktion der AfD Umdruck 19/922	
9.	Diskussion über Veränderungen bei der derzeitigen Aufteilung der Schulferien	17
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/762	

10.	Bericht des Bildungsministeriums über die geltenden Vorschriften zum Thema Klassenfahrten und die aktuelle Situation in Schleswig-Holstein	17
11.	Verschiedenes	19

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt; Tagesordnungspunkt 7 wird auf Wunsch der Bildungsministerin zu Beginn der Sitzung behandelt.

1. **Kirchen auf Eiderstedt retten**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/568](#)

(überwiesen am 23. März 2018 an den **Finanzausschuss**, den **Umweltausschuss**, den **Bildungsausschuss** und den **Wirtschaftsausschuss**)

Auf Fragen von Abg. Waldinger-Thiering und Fritzen erwidert Kulturministerin Prien, die Landesregierung habe bisher keine Gespräche mit der Nordkirche über eine finanzielle Beteiligung des Landes an der Renovierung der Kirchen auf Eiderstedt geführt und auch keinen Auftrag dazu. Ein konkreter Antrag der Kirche auf Förderung liege nicht vor. Sie weist darauf hin, dass die Kirche in den nächsten Jahren eine Summe von 4,1 Millionen € für die Sanierung des Schleswiger Doms erhalte.

Abg. Habersaat geht davon aus, dass sich das Land in irgendeiner Form finanziell beteilige, nachdem der Bund zugesagt habe, die Hälfte der Sanierung zu bezahlen.

Nach Auffassung von Abg. Fritzen bedeutet die Zusage des Bundes nicht, dass das Land automatisch die andere Hälfte der Renovierungskosten tragen müsse. Es sei Aufgabe der Kirche, sich um eine Kofinanzierung zu kümmern.

Abg. Klahn äußert sich in die gleiche Richtung. Die Kirche habe sich bereit erklärt, 50 % der Renovierungsmittel selbst aufzubringen (Eigenmittel, Kreditaufnahme, Sponsoring). Das Land könnte das Sponsoring durch eine geringe Summe unterstützen.

Der Bildungsausschuss will die Beratung über den Antrag am 23. August 2018 fortsetzen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bibliotheksgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/403](#)

(überwiesen am 25. Januar 2018 an den **Bildungsausschuss**, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Habersaat regt an, Vorschläge aus der Anhörung aufzugreifen und den Gesetzentwurf in veränderter Fassung anzunehmen (zum Beispiel kostenlose Ausleihe für Jugendliche).

Abg. Klahn lehnt den Gesetzentwurf ab und zieht als Begründung die Stellungnahme der kommunalen Landesverbände, [Umdruck 19/960](#), heran. Die Ausgestaltung des Bibliothekswesens sei eine kommunale Aufgabe; dazu gehörten auch Staffelungen in der Gebührenordnung.

Abg. Fritzen weist auf die Aussage der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig hin, dass die Zahl der Ausleihen trotz Gebührenfreiheit zurückgehe. Der Gesetzentwurf des SSW würde Konnexität auslösen und sei zu kurz gesprungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setze sich dafür ein, Büchereien im digitalen Zeitalter insgesamt weiterzuentwickeln und zu attraktiven „dritten Orten“ der Begegnung und Kommunikation zu machen.

Nach Ansicht von Abg. Röttger bestätigen die Stellungnahmen, dass die Frage der Gebührenfreiheit nicht das prioritäre Thema sei. Vielmehr gehe es darum, die Bibliotheken als „dritte Orte“ und digitale Knotenpunkte zu stärken und zukunftsfest zu machen.

Ministerin Prien weist darauf hin, dass das Land zur Innovation im Bibliotheksbereich im Haushaltsjahr 2018 eine Summe von 290.000 € zur Verfügung stelle und Modellprojekte digitale Knotenpunkte unterstütze.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung der SPD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag - vorbehaltlich des Votums des an der Beratung beteiligten Finanzausschusses -, den Gesetzentwurf [Drucksache 19/403](#) abzulehnen.

3. Neubesetzung der Position des Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel

Berichts Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/853](#)

Wissenschaftsministerin Prien teilt mit, mit Schreiben vom 16. Mai 2018 habe der Präsident der CAU den Ruf an Professor Felbermayr erteilt. Der Stiftungsrat tagte am 8. Juni 2018. Damit werde die Position des Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft nach Ausscheiden von Professor Snower rechtzeitig neu besetzt.

Abg. Dr. Dunckel findet es „misslich“, dass solche Personalien in der Presse öffentlich verhandelt würden, bevor die zuständigen Organe eine Entscheidung getroffen hätten.

Ministerin Prien teilt diese Bewertung und macht darauf aufmerksam, dass das Ministerium die öffentliche Berichterstattung weder verursacht noch befördert habe.

4. WLAN an allen Schulen bis 2021

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/671](#)

(überwiesen am 25. April 2018)

Der Ausschuss vertagt die Beratung auf die nächste Sitzung, am 7. Juni 2018.

5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/670](#)

(überwiesen am 26. April 2018)

hierzu: Stellungnahme des Kinderschutzbundes, [Umdruck 19/985](#)

Abg. Waldinger-Thiering beantragt eine schriftliche Anhörung. Anliegen des SSW sei, die Schulpflicht für alle Kinder im Schulgesetz zu verankern.

Abg. Loose hält eine Anhörung zum jetzigen Zeitpunkt für „wenig zielführend“ und spricht sich dafür aus, erst einmal die Erfahrungen mit dem neuen Erlass „Schulische Integration von Kindern und Jugendlichen in Erziehungshilfeeinrichtungen“ vom Oktober 2017 abzuwarten.

Ministerin Prien teilt mit, dass in Schleswig-Holstein alle Heimkinder beschult würden. Von den insgesamt 3.373 schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen in Heimen in Schleswig-Holstein stammten 2.358 aus Schleswig-Holstein und 1.015 aus anderen Bundesländern. Davon würden zurzeit 387 Kinder und Jugendliche im anderweitigen Unterricht beschult (178 aus Schleswig-Holstein und 209 aus anderen Bundesländern). Damit würden lediglich 11 % der Heimkinder im anderweitigen Unterricht beschult, knapp 89 % würden an Regelschulen beschult. Auch vor dem Hintergrund dieser Quote sehe sie keine Notwendigkeit für eine schulgesetzliche Änderung. Vor einer etwaigen Änderung sollte man den neuen Erlass ein paar Jahre erproben. Nach ihrer Auffassung sei man bei dieser Thematik auf einem guten Weg.

Abg. Dr. Brodehl hält eine Anhörung ebenfalls für überflüssig. Er regt an, sich von Vertretern des Kreises Schleswig-Flensburg das erfolgreiche Vier-Phasen-Model erläutern zu lassen.

Abg. Klahn ist dafür, die Gesetzesänderung in einem Jahr auf der Grundlage eines Sachstandsberichts des Ministeriums zu beraten. Eine vorübergehende heiminterne Beschulung könne in besonderen Situationen durchaus sinnvoll sein.

Auch Abg. Strelau möchte zunächst die Erfahrungen mit dem Erlass auswerten, mit dem man im Sinne der Kinder und Jugendlichen auf einem guten Weg sei.

Ministerin Prien macht deutlich, dass es nach dem Erlass um vorübergehende Maßnahmen gehe, die darauf zielten, eine Wiedereingliederung in die Schule möglich zu machen.

Gegen die Stimme des Vorsitzenden und des Abg. Dr. Brodehl beschließt der Bildungsausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 8. Juni 2018 Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer zu benennen.

7. Bericht des Bildungsministeriums „Konzept zur Lehrkräftegewinnung“

Frau Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, trägt vor (Anlage 1), das Thema Lehrkräftemangel sei nicht neu und betreffe nicht nur das Land Schleswig-Holstein. Als sie vor knapp einem Jahr das Ministeramt übernommen habe, habe das Thema in Schleswig-Holstein allerdings noch keine politische Priorität gehabt. Man habe schnell feststellen müssen, dass es hier Handlungsbedarfe gebe. Hier liege eine der zentralen Herausforderungen dieser Legislaturperiode.

Zwar sei die Situation an den schleswig-holsteinischen Schulen derzeit insgesamt stabil, aber an einzelnen Standorten und in bestimmten Fächern gebe es Probleme bei der Besetzung von Stellen und vor allem bei der Suche nach kurz- und mittelfristigen Vertretungen.

Angesichts steigender Schülerzahlen und wachsender Anforderungen an Schulen müsse man für die Zukunft von einem weiter wachsenden Bedarf an Lehrkräften ausgehen. Dies gelte vor allem für die berufsbildenden Schulen, die Grundschulen und die Förderzentren. Auch in den MINT-Fächern fehlten Lehrkräfte, ebenso in Fächern wie Musik, Kunst oder Sport.

Um die Herausforderung der Lehrkräftegewinnung gesamtgesellschaftlich zu bewältigen, brauche man Lösungen, die dauerhaft wirkten. Lehrkräftegewinnung heiße nicht, dass man einen einzigen Hebel umlegen könne und der Nachwuchs ströme, sondern man müsse an vielen verschiedenen kleinen Stellschrauben arbeiten und genau gucken, welche Folgewirkungen einzelne Maßnahmen hätten und wie man für die einzelne Schulart, das jeweilige Fach oder die Funktion zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Menschen gewinnen könne.

Man habe nach Regierungsübernahme eine abteilungsübergreifende Projektgruppe eingerichtet, die auch in Zukunft weiter regelmäßig tagen werde. Bei der Lehrkräftegewinnung arbeite man an folgenden fünf Kernpunkten: Stärkung der aktiven Lehrkräfte, Stärkung der in Ausbildung befindlichen Lehrkräfte, Stärkung des Quer-, Seiten- und Direkteinstiegs, Stärkung der Werbung für den Lehrerberuf und Verbesserung der Kommunikation.

Auf der gerade laufenden Nordjob-Messe in Kiel werbe das Ministerium für den Lehrerberuf, für den es nach wie vor eine hohe Nachfrage und Begeisterung gebe.

Im Folgenden wendet sich die Ministerin den einzelnen Maßnahmen zu.

Stärkung der aktiven Lehrkraft

Es gehe auch um eine bessere Bezahlung von Lehrkräften. Bis zum Jahr 2023 habe man 67 Millionen € im Haushalt eingeplant, um eine höhere Besoldung von Grundschulleitungen und -lehrkräften umzusetzen. Man wolle zusätzlich 5,8 Millionen € für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst zur Verfügung stellen. Man wolle die Jubiläumszulage wieder einführen. Noch nicht eingerechnet seien die Tarifsteigerungen für den öffentlichen Dienst.

Es gehe um die Entlastung von Lehrkräften, die sich um Quer-, Seiten- und Direkteinsteigende kümmern (2 Stunden pro Woche). Man habe Zuschläge für Lehrkräfte eingeführt, die den Eintritt in den Ruhestand hinausschöben. Für diese Maßnahme müsse offensiver geworben werden. Man habe den Einsatz von Seniorexpertinnen und Seniorexperten verbessert, indem man die Zuverdienstmöglichkeiten erhöht habe. Man unterstütze Menschen bei der Wiedereingliederung. Man habe einen Landeskoordinator für betriebliches Eingliederungsmanagement an Schulen eingesetzt und werde auch regionale Koordinatoren einstellen, die beratend und unterstützend tätig seien. Man habe die Einstellungsmöglichkeiten flexibilisiert. Grundsätzlich stelle man zum 1. August und 1. Februar ein, aber jetzt könnten Stellen auch über das gesamte Jahr besetzt werden.

Man habe bereits eine Befragung zum Thema Gesundheit durchgeführt und wolle die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern. Man werde die Schulträger unterstützen, um Lärmschutzmaßnahmen an Grundschulen und Förderzentren durchzuführen, weil die Lärmbelastung von der überwiegenden Zahl der Lehrkräfte an Grundschulen und Förderzentren als sehr belastend dargestellt worden sei. Auch der Bildungsbonus werde zu einer Entlastung für Schulen mit besonderen Herausforderungen führen. Schließlich befasse sich im Ministerium eine Arbeitsgruppe mit der Frage, wie man Lehrkräfte von Bürokratie entlasten könne. Hier rechne man zum Jahresende mit Ergebnissen.

Stärkung der Ausbildung angehender Lehrkräfte

Es gehe um die Erhöhung der Zahl der Studienplätze für Sonderpädagogik. Über die Erhöhung der Zahl der Studienplätze für das Grundschullehramt berate man zurzeit mit der Universität Flensburg. Man erhöhe die Zahl der Plätze im Vorbereitungsdienst in diesem und im nächsten Jahr jeweils um 75 Plätze. Darüber hinaus habe man entschieden, mindestens weitere 15 Plätze 2018 zu schaffen für LiV, die im Quereinstieg Gymnasial- oder Sekundarlehrkraft studiert hätten, aber in der Grundschule tätig werden wollten. Man ermögliche den Quereinstieg ins Referendariat auf diesem Wege und werde dafür 15 zusätzliche Stellen schaffen.

Man werde das Satellitenmodell zwischen EUF und FH Flensburg im Bereich der berufsbildenden Schulen auf die Fachhochschulen Kiel und Lübeck ausweiten und so den Masterstudiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen für weitere Studierende öffnen.

Außerdem wolle man Lehrpersonen mit Abschlüssen aus Drittstaaten und EU-Ländern die Möglichkeit bieten, in schleswig-holsteinischen Schulen tätig zu werden. Dazu werde es ein Projekt mit dem IPN in Kooperation mit der CAU zur Fort- und Weiterbildung dieser Lehrpersonen geben. Man arbeite im Augenblick an einem Konzept zur Verbesserung der Studierfähigkeit und habe einen Runden Tisch mit den Hochschulen und Gymnasialschulleitern initiiert, um die Zahl der Studienabbrecher auch im Lehramtsbereich zu reduzieren.

Mit der EUF habe man vereinbart, das Fach Mathematik in Flensburg nicht nur auf Sek-I-, sondern auch auf Sek-II-Niveau anzubieten. Im Bereich der Sonderpädagogik werde man in diesem Jahr eine weitere Professur an der EUF einrichten.

Stärkung des Quer-, Seiten- und Direkteinstiegs

Man werde den Quer- und Seiteneinstieg für Grundschulen weiter ermöglichen. Man ermögliche den Schulartwechsel im Vorbereitungsdienst wie eben beschrieben zu diesem Sommer. Man vereinfache den Einstieg für Lehrkräfte mit ausländischer Lehramtsqualifikation. Man ermögliche einen systematisierten Wechsel in ein anderes Lehramt; ein entsprechender Erlass trete noch im Mai in Kraft.

Weiter werde man den Direkteinstieg an berufsbildenden Schulen für Fachhochschulabsolventen verbessern (A 13 nach der Qualifizierung). Man prüfe den Direkteinstieg auch für andere Schularten und sehe eine entsprechende Ermächtigung im Lehrkräftebildungsgesetz vor. Man werde zusammen mit der CAU und EUF weiter über den Aufbau von Weiterbildungsstudiengängen im Rahmen berufsbegleitender Qualifizierung beraten, sowohl im Hinblick auf die Sonderpädagogik als auch auf ein zweites Fach.

Verbesserung der Werbung für den Lehrerberuf

Durch mehr Präsenz auf Veranstaltungen und Messen, aber auch durch ein Freiwilliges Soziales Jahr Schule wolle man für den Lehrerberuf werben. Bisher gebe es 75 Plätze dafür. Den Einsatz von „Teach First“ an berufsbildenden Schulen werde man evaluieren.

Im akademischen Mittelbau der Hochschulen, bei den Post-Docs, werde man dafür werben, den Lehrerberuf in naturwissenschaftlichen Fächern ins Auge zu fassen. Man wolle ein Schulnetzwerk für Oberstufenschüler zur Unterrichtung von MINT-Fächern an Grundschulen aufbauen mit dem Ziel, junge Leute für den Lehrerberuf heranzuführen. Man wolle das Wirtschaftspraktikum in der Oberstufe für die Bildungsverwaltung und Schulen öffnen und Hospitationsplätze an berufsbildenden Schulen schaffen.

Verbesserung der Kommunikation

Die Präsenz auf Jobmessen und Informationsveranstaltungen solle - wie gesagt - ausgebaut werden. Vor allem bei den Übergängen wolle man das Informations- und Beratungsangebot deutlich verbessern. Man habe im berufsbildenden Bereich mit Videoclips gute Erfahrungen gemacht und überlege, das für die anderen Schularten nutzen zu können. Man werde die Präsenz in der Nachwuchsinitiative des Landes verbessern, und es wäre ein Zeichen der Wertschätzung für den Lehrerberuf, die LiV am Ende ihres Vorbereitungsdienstes im Rahmen einer öffentlichen Zeremonie mit Auszeichnung der Jahrgangsbesten zu verabschieden, um die gesellschaftliche Wertschätzung für den Lehrerberuf hervorzuheben.

Die Projektgruppe werde weiter tagen und sich mit den folgenden Themen befassen. Man plane ein umfassendes neues Konzept zur Berufs- und Studienorientierung und werde überlegen, wie man für den „Traumberuf“ Lehrer werben könne. Die Kommunikation und Bera-

tung während des Vorbereitungsdienstes müssten verbessert werden, auch über Alternativen und Durchlässigkeit innerhalb des Lehrerberufs. Eine besondere Herausforderung sei, Anreize zu schaffen, um Lehrkräfte in Ausbildung und ausgebildete Lehrkräfte in unterversorgte Regionen zu bewegen. Daher werde man die Schulträger in die Projektgruppe einbeziehen (Bereitstellung von Kinderbetreuung, Unterstützung bei Wohnungssuche u. Ä.). Auch über Stipendien- und Darlehenslösungen wolle man weiter diskutieren.

Am Anfang der Legislaturperiode habe man zugesagt, ein Berechnungstool für den Lehrkräftebedarf in einzelnen Fächern zu entwickeln. Der Auftrag sei erteilt, die Machbarkeitsstudie werde nach den Sommerferien vorliegen. Davon erhoffe man sich in Zukunft bessere Planungsgrundlagen. In die Projektgruppe seien auch das IQSH, die Universitäten und die verschiedenen Abteilungen des Ministeriums eingebunden. Bei der Gewinnung von Lehrkräften gehe es um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von allen Beteiligten als Verantwortung wahrgenommen werde.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet die Ministerin, für die Maßnahme, den Eintritt in den Ruhestand hinauszuschieben, werde man offensiver werben. Zu den finanziellen Auswirkungen der Zuverdienstmöglichkeiten von Seniorexperten werde das Ministerium eine Stellungnahme zu Protokoll geben (Anlage 2).

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Entbürokratisierung werde man dem Bildungsausschuss Ende des Jahres 2018 vorstellen. Ein Wechsel der Schulart solle auf Wunsch unter bestimmten Voraussetzungen (unter anderem dienstliche Notwendigkeit) ermöglicht werden und erfolge nach einer Abordnung von drei Jahren und dem Erwerb zusätzlicher Qualifikationen; es gehe insbesondere um den Wechsel ins Grundschullehramt. Die Anforderungen an den Quer-, Seiten- und Direkteinstieg, die nur in Betracht kämen, wenn eine Stelle nach zweimaliger Ausschreibung nicht besetzt werden könne, würden in Schleswig-Holstein nicht abgesenkt, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, zum Beispiel Sachsen, wo die Not deutlich größer sei. Voraussetzung für den Quer- und Seiteneinstieg sei ein Masterabschluss, der Direkteinstieg erfordere einen Bachelorabschluss und solle für alle Schularten ermöglicht werden. In jedem Fall sei eine pädagogische Qualifikation erforderlich.

In puncto Kommunikation (inklusive Website) werde man besser werden. Zum Thema Studierfähigkeit habe man die Hochschulpräsidien, Schulleiter und Schulaufsichten zu einem Gespräch eingeladen; in weiteren Veranstaltungen werde man sich mit einzelnen Fächer-

gruppen beschäftigen. Intention sei, den Dialog zwischen Hochschulen und Schulen zu stärken und die Quote der Studienabbrecher zu senken, insbesondere in den MINT-Fächern und Mathematik. Das Wirtschaftspraktikum in der Oberstufe solle bewusst für Bildungsverwaltung und Schulen geöffnet werden. Um Mangelfächer zu stärken, müsse man die Angebote an den Hochschulen in bestimmten Bereichen im Zuge der Ziel- und Leistungsvereinbarungen verbessern; so gebe es in Schleswig-Holstein zum Beispiel keine Didaktik der Informatik.

Über einen Ausbau der Autonomie von Schulen bei der Suche nach Lehrkräften vor Ort werde man nachdenken. Die Fachlichkeit in der Grundschule sei durch das Lehrkräftebildungsgesetz gestärkt worden; ob man den Umfang der Lernbereiche Mathematik und Deutsch, die von allen Grundschulstudierenden absolviert werden müssten, erhöhen solle, werde man prüfen. Für den Quer-, Seiten- oder Direkteinstieg müsse man attraktiv sein, deren pädagogische Nachqualifikation sei allerdings unabdingbar. Selbstverständlich müssten Lehrkräfte Elterngespräche führen; allerdings könnten Lehrkräfte bei Elterngesprächen im Rahmen des Bildungsbonus dadurch entlastet werden, dass man zum Beispiel zusätzliche Schulsozialarbeiter einstelle. Auch die Frage, ob eine grundsätzliche Entlastung von Lehrkräften für die Betreuung von Vertretungskräften erforderlich sei, was erhebliche zusätzliche Ressourcen kosten würde, werde geprüft. Im Übrigen dürften ungelernete Vertretungskräfte keinen eigenverantwortlichen Unterricht erteilen.

Abschließend betont die Ministerin, ihr Haus wolle bei der Einstellung von Lehrkräften so viel wie möglich und so zügig wie möglich machen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Bildungsministerin zur Kenntnis.

Abg. Loose kündigt an, die Landesregierung im Wege eines Landtagsantrags um die Vorlage eines schriftlichen Berichts zu bitten.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes (Schülerbeförderung)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/372](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2017 an den **Bildungsausschuss**, den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/554](#), [19/626](#), [19/634](#), [19/657](#), [19/660](#), [19/664](#),
[19/666](#), [19/687](#), [19/688](#), [19/691](#), [19/695](#), [19/696](#),
[19/697](#), [19/698](#), [19/709](#), [19/719](#), [19/843](#), [19/865](#)

8. Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der Überprüfung der SCHLAU-Workshops der Vereine "Haki e.V." und "lambda::nord e.V."

Antrag der Fraktion der AfD

[Umdruck 19/922](#)

9. Diskussion über Veränderungen bei der derzeitigen Aufteilung der Schulferien

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/762](#)

Auf Antrag von Abg. Habersaat werden diese Tagesordnungspunkte aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung, am 7. Juni 2018, vertagt.

(Unterbrechung 16:10 bis 16:20 Uhr)

10. Bericht des Bildungsministeriums über die geltenden Vorschriften zum Thema Klassenfahrten und die aktuelle Situation in Schleswig-Holstein

Herr Popken, Referatsleiter im Bildungsministerium, stellt die Rechtslage dar (Anlage 3).

Abg. Habersaat thematisiert die Frage der Obergrenzen für Kosten von Klassenfahrten.

Abg. Klahn weist darauf hin, dass Hamburg Kostenrahmen in einer entsprechenden Richtlinie vorgebe.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Popken, das Ministerium weise den Schulämtern beziehungsweise Schulen ein bestimmtes Budget für Schulausflüge zu, dessen Ver-

wendung in der Verantwortung der Schulleitung liege (damit letztlich auch die Entscheidung über Ausflugsziele). Das Ministerium gebe keine Richtwerte für Kosten von Klassenfahrten vor. Man habe keine Anhaltspunkte dafür, dass Klassenfahrten an exotische Orte ohne pädagogischen Bezug durchgeführt würden.

Eine Frage von Abg. Klahn beantwortet Ministerin Prien dahin, die Schulaufsicht werbe dafür, dass die Schulen die im Haushalt erhöhten Reisekostenmittel in Anspruch nähmen und Klassenfahrten durchführten. Ob die Zahl der Klassenfahrten aus Gründen von Aufsichtspflicht und Haftung zurückgehe, werde man die Schulaufsichten fragen.

Nach der Sitzung führt der Ausschuss zu dem Thema ein Gespräch mit den Landeselternbeiräten Gymnasien (Anlage 4) und Gemeinschaftsschulen (Anlagen 5 und 6), der Landes-
schülervertretung Gymnasien, GEW, VBE, IVL, Philologenverband, VLBS und Kinderschutz-
bund (Anlage 7).

11. Verschiedenes

Nächste Ausschusssitzungen:

- 7. Juni 2018
- 23. August 2018
- 13. September 2018
- 25. Oktober 2018 (ganztägig)
- 29. November 2018

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, schließt die Sitzung um 16:45 Uhr.

gez. Peer Knöfler
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer